

gen sein, ob die Ideologie am Anfang steht oder ob diese über junge Leute nur Macht gewinnt, weil diese, haltlos geworden, dort einen Halt suchen, wo er sich ihnen in der schlichtesten Form anbietet; und das sind nun einmal Ideologien autoritär-chauvinistischen Zuschnitts.

Und dieses Halt-Suchen sagt nicht nur etwas über die geistige Verfassung gewalttätiger Jugendlicher aus, im Osten nach 40 Jahren unterdrückter Freiheit, im Westen nach 40 Jahren zunehmend beliebiger Freiheit, sondern mindestens ebensoviel über den Zustand, in dem sich hier wie dort die Gesellschaft, genauer die Generation der Eltern und ihrer Miterzieher, befindet, die die Jugendlichen in ein freies Leben entlassen, aber ihnen Halt nicht zu geben wissen. se

Gewagtes Spiel

Frankreichs Europareferendum und das plebiszitäre Element

Wer ist nicht alles beim überaus knappen Ausgang des französischen Referendums über Annahme oder Ablehnung der Verträge von Maastricht mit einem blauen Auge davongekommen: natürlich Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand, der seine politische Zukunft damit in tragisch-unüberbietbarer Parallele zu seinem Vorbild Charles de Gaulle an ein Referendum von zweifelhaftem politischem Wert hing. Jacques Delors, ansonsten erfolgreicher EG-Kommissionspräsident, der sich bisher wenigstens einige Chancen ausrechnete, eines Tages seinen Parteifreund Mitterrand im Elysée zu beerben. Aber auch die Oppositionsführer Giscard d'Estaing und Chirac können aufatmen: ein klares Nein zu Maastricht hätte ihre Stellung in ihren Parteien erheblich erschwert. Nur knapp an einer politischen Katastrophe vorbeigeschlittert ist aber vor allem Europa selbst: Nicht auszudenken, welche Folgen ein negatives Ergebnis in der ohnehin währungsge-schwächten EG hätte haben können.

Unabhängig aber von den möglichen personellen Folgen dieser europapolitischen „Angstpartie“ (Rudolf Augstein) der letzten Monate sowie der Auswirkungen auf die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung Europas kann man nach diesen Ereignissen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Das französische Maastricht-Referendum war in verschiedener Hinsicht ein politisches Lehrstück sondergleichen: Beängstigend, wieviel politisches Kapital sich offensichtlich immer noch und erst recht nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wieder aus Befürchtungen gegenüber einem tatsächlich oder vermeintlich politisch, weil wirtschaftlich übergewichtigen Deutschland schlagen läßt. Nicht minder beängstigend, wieviel nationales Getöse ganz allgemein auch mitten in Europa anno 1992 zu mobilisieren ist, wenn es darauf ankommt.

Im Mittelpunkt aller Nach-Maastricht-Überlegungen müßte jedoch der künftige Umgang mit der politischen Mitwirkung des Volkes in parlamentarischen Demokratien stehen. Was sich in dieser Hinsicht über Monate in Frankreich abspielte, war in jeder Hinsicht so, wie es nicht sein sollte. In einer Frage, in der dies weder rechtlich noch auch politisch erforderlich gewesen wäre, setzte Präsident Mitterrand am 3. Juni überraschend das Referendum an – eine Reaktion auf die Ablehnung der Verträge durch die dänischen Wähler. Bis dahin hatte Mitterrand lediglich mit dem Referendum für den Fall gedroht, daß man ihm in den zuständigen parlamentarischen Gremien die Zustimmung zu Maastricht verweigern würde. Der Präsident hätte sich in dem Fall direkt an sein Volk gewandt in der Hoffnung, an der „classe politique“ vorbei Politik machen zu können.

Nach der kalten Dusche aus Dänemark sollten die französischen Wähler dem Projekt Europa gewissermaßen die Ehre zurückgeben, die ihm die dänischen Wähler verweigert hatten. Die selbstbewußte Überzeugung, daß dazu niemand geeigneter sei als Frankreich, wich im Laufe der Zeit der zu befürchtenden Wirkung der Tatsache, daß gerade

Frankreich als der Totengräber des Maastrichter Reformpakets dastehen könnte. Angesichts der angenommenen Europa-Freundlichkeit der Franzosen schien das Referendum ein zunächst relativ sicheres Unternehmen zu werden. Frankreichs Politiker versätzten sich damit jedoch genauso, wie man vor dem dänischen Votum bereits in Europa allgemein die Stimmung falsch eingeschätzt hatte. Nicht zuletzt versprach sich Mitterrand von einem satten Referendumsergebnis Rückenstärkung angesichts seiner einem endlosen Ende entgegenstrebenden Präsidentschaft. Was jedoch zunächst vor allem einen Keil in die spätestens für Frühjahr 1993 Regierungsverantwortung anstrebenden Oppositionsparteien treiben sollte – was ja auch weitgehend gelang –, entzweite das gesamte Land mit sich selbst und mit seiner Rolle innerhalb eines sich auch politisch vereinigenden Europas.

Im Ergebnis führte dies zum absurdesten Polit-Theater, das man sich denken kann. Der Wähler, von dem man angenommen hatte, daß er nicht auf dem Rücken Europas innenpolitische Abrechnungen verhandeln werde, tat genau dies. Das Hauptbestreben von Präsident und Regierungsmehrheit bestand darin, die Wähler davon abzuhalten, Europa zu schlagen und Mitterrand zu meinen, während die Befürworter des „Nein“ genau dies den Wählern nahelegten. Die einen warnen vor dem „Ja“ mit der Möglichkeit, Präsident und Regierung könnten dies als Legitimationsersatz für ihre Politik betrachten, und die anderen versuchen das Volk davon zu überzeugen, daß Präsident und Regierung das Referendum ausschließlich als eine Stimmabgabe für oder gegen Europa und nicht für oder gegen Präsident und Regierung ansähen – obwohl sie natürlich genau wußten, daß ein deutliches Ja zweifellos als eine Rückenstärkung für die regierenden Sozialisten bewertet worden wäre.

So rief Mitterrand die Wähler zum 20. September an die Urnen und ließ ihnen einbläuen, wie verhängnisvoll ein „Nein“ für Frankreich wie auch Europa wäre. Hätte er auch nur geahnt, wie schwer es sein würde, seine Landsleute von der Bedeutung und Richtigkeit der Maastrichter Beschlüsse zu

überzeugen und wie sehr die politischen Umstände dieses Referendums dazu angetan sein würden, allerlei andere Abrechnungen mit dem Votum für oder gegen Maastricht zu verbinden, er hätte wohl nie zur Abstimmung aufgerufen. Der Mitwirkung des Stimmbürgers an politischen Entscheidungen wurde damit ein Bärendienst erwiesen. Wer das Volk nur an die Urne bittet, wenn es voraussichtlich nicht viel kostet und sofern es der eigenen politischen Opportunität entspricht, nimmt eben dieses Volk nicht sonderlich ernst, sondern spielt mit ihm. Ein Staat, dessen Volk neben der Wahl der Vertreter in Legislative und Exekutive auch noch direkt an einzelnen Entscheidungen beteiligt werden soll – wenn er dies denn tatsächlich will – braucht eine Verfassung, die dem *plebiszitären Element* seinen klar umrissenen, von Opportunitätsabwägungen möglichst freien Platz zuweist.

nt

Entgegenkommen

Vatikanische Richtlinien für die Kirche in Rußland

Mit der Erstellung von Richtlinien für das Vorgehen der katholischen Kirche in Rußland und den anderen GUS-Staaten, die am Prinzip einer möglichst weitgehenden *Rücksichtnahme auf die orthodoxen Kirchen* dieses Raumes orientiert sind, hat der Vatikan jetzt einen weiteren wichtigen Schritt zur Entkrampfung der seit geraumer Zeit gespannten katholisch-orthodoxen Beziehungen unternommen. Die Richtlinien wurden von der Kommission „Pro Russia“ vorgelegt, die dem Staatssekretariat zugeordnet ist und von Erzbischof *Jean-Louis Tauran*, dem Sekretär für die Beziehungen zu den Staaten, geleitet wird. Diese Kommission, von Pius XI. 1930 gegründet, um sich der kirchlichen Probleme im kommunistisch gewordenen Rußland anzunehmen, befindet sich derzeit in einer Phase der Neustrukturierung.

Im Begleitschreiben zu den Richtli-

nien mit dem offiziellen Titel „Prinzipien und praktische Normen für die Koordinierung der Evangelisierung und das ökumenische Engagement der katholischen Kirche in Rußland und den anderen Staaten der GUS“ verwies Erzbischof Tauran auf das Treffen zwischen Vatikanvertretern und Repräsentanten des Moskauer Patriarchats, das dieses Frühjahr in Genf stattfand. Damals hatte man sich über einige Grundlinien für ein verbessertes Verhältnis verständigt, die jetzt von katholischer Seite durch das Dokument der Kommission „Pro Russia“ konkretisiert werden.

Das Dokument betont, die Einrichtung bzw. Wiedereinrichtung der katholischen Hierarchie in der ehemaligen Sowjetunion ziele auf die *Bedürfnisse der dortigen katholischen Gemeinden* und verstehe sich in keinsten Weise als Konkurrenz zur russisch-orthodoxen Kirche oder anderen in der Region vertretenen Kirchen. Weiter heißt es, die „apostolische Aktivität“ in der GUS und im übrigen Osteuropa verlange von den Katholiken Treue zu ihrer Sendung und gleichzeitig Rücksichtnahme auf ihre „orthodoxen Brüder“, um so die erwünschte Einheit der Kirchen vorzubereiten. Von der katholischen Kirche des lateinischen Ritus fordert das Dokument Hochachtung der östlichen Tradition, die diese Gebiete tiefgreifend geprägt habe; wo es irgendwie möglich sei, sollten die Vertreter der katholischen Kirche mit der Orthodoxie zusammenarbeiten.

Unter den *praktischen Normen*, die der zweite Teil des Dokuments auflistet, findet sich der Hinweis auf die Notwendigkeit einer gründlichen ökumenischen Bildung aller Träger der katholischen Pastoral; in jeder nur möglichen Weise soll die katholische Seite um ein gutes Einvernehmen mit der jeweiligen orthodoxen Kirchenführung bemüht sein. *Geistliche Bewegungen* – sie haben die ehemalige Sowjetunion längst als dankbares Betätigungs- und Missionsfeld entdeckt – sollen unter der Aufsicht der jeweiligen katholischen Ordinarien vorgehen und eng mit ihnen zusammenarbeiten. Über alle „wichtigen pa-

storale Initiativen“, besonders die Schaffung neuer Pfarreien, soll die katholische Seite die orthodoxen Bischöfe informieren. Auch bei der Missionierung von Nichtgläubenden legt das Dokument die Zusammenarbeit zwischen Katholiken und Orthodoxen nahe.

Ob und in welchem Umfang die Prinzipien und Direktiven des Dokuments umgesetzt werden, muß sich erst zeigen. Zumindest dem Buchstaben nach sind aber mit diesen Richtlinien orthodoxen Vorwürfen über katholischen Proselytismus und unzulässige Konkurrenz die Grundlagen weithin entzogen. Es wäre viel gewonnen, wenn die orthodoxe Seite die ausgestreckte Hand ergreifen und sich ihrerseits um eine Entkrampfung des Verhältnisses zur katholischen Kirche bemühen würde. Daß manche Äußerungen und Vorgehensweisen einzelner katholischer Gruppen und auch Amtsträger in den Staaten der GUS nicht sehr geschickt und wenig sensibel gegenüber der Orthodoxie waren, ist nicht zu bestreiten. Die entsprechenden Gefahren wurden und werden im orthodoxen Lager aber oft massiv übertrieben dargestellt. Im übrigen liegen die größten Probleme für die Russische Orthodoxe Kirche derzeit nicht in der vermeintlichen katholischen Expansion, sondern in ihrer inneren Zerrissenheit vor allem im Zusammenhang mit der schwierigen Vergangenheitsbewältigung.

ru

Dilemma

„Eckwerte“ zu einem Transplantationsgesetz

Seit Jahren schon suchen Patientenverbände, ärztliche Standesorganisationen und Politiker aller Couleur – teils auf Expertenebene, teils auch vor einer breiten Öffentlichkeit –, eine zunehmend problematischer werdende Lücke im deutschen Gesetzeskanon zu schließen: Ein bundesweit gültiges *Transplantationsgesetz* soll geschaffen werden, ein für die mate-